



Ruhiger Einsatz, offene Kosten

Nidwalden zieht nach dem Treffen auf dem Bürgenstock eine positive Bilanz. Unklar ist, wer den aufwendigen Sicherungsauftrag bezahlt.

Jan Fischer

Trotz anfänglicher Verzögerungen haben am Wochenende auf dem Bürgenstock ranghohe Delegationen der USA, des Iran und der vermittelnden Staaten doch noch zusammengefunden, um ihre Gespräche über die Umsetzung des Friedensabkommens fortzuführen.

Seit Montagabend ist der Einsatz vor Ort abgeschlossen. Die letzten Abbauarbeiten wurden laut Kantonspolizei am Dienstag beendet. Nun beginnt die Auswertung.

Kurzfristigkeit als grösste Herausforderung

Die knappe Vorbereitungszeit und die Dynamik der Lage seien aus polizeilicher Sicht die grösste Herausforderung gewesen, betont Polizeikommandant und Einsatzleiter Stephan Grieder. Zeitpunkt, Zusammensetzung und Rahmenbedingungen des Treffens hätten sich kurzfristig

entwickelt. Die Sicherheitsorganisation habe deshalb flexibel bleiben müssen.

Auch Nidwaldens Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser-Frutschi betont die besondere Ausgangslage. Der Kanton habe Informationen teilweise erst sehr kurzfristig erhalten. Trotzdem ziehen Kanton und im Speziellen die Polizei ein positives erstes Fazit. Entscheidend ist gewesen, dass die Sicherheit der Delegationen, der Bevölkerung und der Einsatzkräfte gewährleistet werden konnte, betonen sowohl Grieder als auch Kayser-Frutschi. «Der Einsatz verlief insgesamt ruhig und geordnet. Es gab keine nennenswerten Zwischenfälle», so Grieder. Konkrete Hinweise auf Störungen, Proteste oder andere sicherheitsrelevante Vorfälle habe es nicht gegeben. «Die Sicherheit während des Treffens war für alle jederzeit gewährleistet.»

Zur Zahl der Einsatzkräfte macht die Kantonspolizei wie

üblich bei solchen Aufträgen keine Angaben. Beteiligt waren neben dem Nidwaldner und allen Zentralschweizer weitere kantonale Polizeikräfte, Bundesbehörden, die Armee, weitere Partner im Sicherheitsverbund Schweiz sowie internationale Partnerorganisationen.

Die Zusammenarbeit habe gut funktioniert, sagt Grieder. Man konnte auf die Erfahrungen von der Ukraine-Konferenz 2024 zurückgreifen und davon profitieren. Eine blosser Wiederholung sei der Anlass aber nicht gewesen: «Teilnehmerkreis, Zeitplan und operative Anforderungen unterscheiden sich von Einsatz zu Einsatz»

Kritik aus der Bevölkerung wird ausgewertet

Die kurzfristige Planung spürte auch die Bevölkerung. Es gab Sperren, Kontrollen und Einschränkungen. Zwar hätten viele Einwohnerinnen und Einwohner Verständnis gezeigt, be-

tont Grieder. Es habe aber auch Kritik gegeben, insbesondere zur Dauer der Massnahmen und zu praktischen Fragen im Alltag. «Das ist legitim. Diese Hinweise nehmen wir ernst und beziehen sie in die Auswertung ein.» Auch Regierungsrätin Kayser-Frutschi betont: «Wir haben grosses Verständnis für die Rückmeldungen. Auch wir lernen mit jedem Mal dazu.»

Die Kommunikation ist anspruchsvoll gewesen. «Wir haben laufend informiert und die verfügbaren Kanäle genutzt», sagt Grieder. Gleichzeitig räumt er ein: «Uns ist bewusst, dass nicht jede Information überall gleich schnell und klar angekommen ist.»

Offen ist noch, wie teuer der Einsatz wird. Eine belastbare Kostenschätzung wird laut Kayser-Frutschi aktuell erstellt. Grundsätzlich gäbe es für solche Einsätze einen standardisierten Kostenteiler: Während der Bund in der Regel 80 Prozent

der Kosten übernimmt, trägt der Kanton 20 Prozent. Kayser-Frutschi betont: «Dieser Einsatz hatte aber besondere Voraussetzungen. Daher gilt es, die Kostenverteilung mit den beteiligten Stellen zu diskutieren.»

Auch mögliche Schadenersatzforderungen sind noch nicht geklärt. «Die Massnahmen waren für den Sicherheitsauftrag zwar unumgänglich, uns ist aber bewusst, dass diese Auswirkungen auf Dritte hatten. Wir sind bestrebt, für Geschädigte eine Lösung zu finden, wenn die Einbussen nachweislich mit den Sicherheitsauflagen im Zusammenhang standen.»

Am Standort wird festgehalten

Trotz Aufwand und Einschränkungen stellt Kayser-Frutschi den Standort Bürgenstock nicht infrage. «Der Bürgenstock verfügt über Qualitäten, die ihn für internationale Konferenzen einzigartig machen», sagt sie.

«Er ist seit Jahrzehnten ein bedeutender Ort für internationale Begegnungen und friedensvermittelnde Gespräche, so bereits 2002 beim Konflikt in Sudan und 2024 bei der Ukraine-Konferenz.»

Entscheiden könne der Kanton solche Treffen nicht selbst. Ob der Bürgenstock für internationale Gespräche genutzt werde, sei letztlich eine Frage des Bundes. Wenn Bund und internationale Partner den Standort berücksichtigen, sei dies Ausdruck des Vertrauens in die vorhandenen Rahmenbedingungen, betont Karin Kayser-Frutschi. «Wenn wir mit einem solchen Treffen einen Beitrag zum Frieden leisten können, stehen wir dem grundsätzlich sehr positiv gegenüber. Gleichzeitig bleibt es ein zentrales Anliegen, die Auswirkungen auf die Bevölkerung möglichst gering zu halten, soweit dies bei einem Sicherheitsdispo dieser Grössenordnung machbar ist.»